Schäuble, Gabriel

IMAGO

Euro-Reform

Gabriel gegen Schäuble

Vorschläge zur Vertiefung der Währungsunion spalten das Kabinett.

Die Bundesregierung findet keine gemeinsame Haltung zu den Ideen der EU-Kommission für eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Ein gemeinsames Papier scheiterte an Differenzen zwischen Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). So verlangte das Finanzministerium, „Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung“ in Schuldenstaaten wie Griechenland zur „notwendigen Vorbedingung für eine weitere Integration“ zu machen. Das geht aus vertraulichen Regierungspapieren hervor, die dem SPIEGEL vorliegen. Zudem forderte Schäuble eine „Brandmauer“ für die EU-Kommission. Es müsse verhindert werden, dass deren Aufgabe als Hüterin der Verträge „dadurch gefährdet wird, dass die Kommission eine zunehmend politische Rolle übernimmt“. Überdies müssten „neue dauerhafte Haushalts-Transfermechanismen“ zwischen den Mitgliedstaaten „ausgeschlossen werden“. Gabriel warf Schäuble intern vor, einseitig auf Haushaltsdisziplin zu setzen und die soziale Dimension Europas zu vernachlässigen. „Ich begrüße ausdrücklich, dass die Kommission in ihrem Papier zur Währungsunion den Blick weit über den Tellerrand der Tagespolitik und der Finanztechnik hinausrichtet. Das sollten wir auch tun“, schrieb Gabriel. „Die Politik der roten Linien muss ein Ende haben.“ Die neuen Vorschläge der EU-Kommission sehen unter anderem vor, die Euro-Gruppe, das informelle Gremium der Eurofinanzminister, deutlich aufzuwerten. Zudem ist angeregt, dass der zuständige EU-Kommissar hauptamtlicher Euro-Gruppenchef werden und auf längere Sicht an der Spitze eines neuen Schatzamtes stehen könnte. Die Kommission schlägt weiter vor, gemeinsame Anleihen nach Vorbild der U.S. Treasury Bonds aufzulegen. csc, mp, rei

Onlineüberwachung

Kritik an Spähangriff

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) stößt mit den Plänen zur Änderung der Strafprozessordnung auf weiteren Widerstand. Bei dem Vorschlag handle es sich um „den innenpolitischen Skandal dieser Legislaturperiode“, sagt die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Die Große Koalition will den Einsatz von staatlicher Spähsoftware bei zahlreichen Delikten ermöglichen. Bei der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) können Behörden mithilfe von Trojanern bei Verdächtigen laufende Kommunikation wie Mails, Chats oder Skype-Telefonate überwachen, bevor diese verschlüsselt werden. Bei der weit umstritteneren Onlinedurchsuchung können sämtliche Festplatteninhalte ausgewertet werden. „Kurz vor Ende der Wahlperiode sollen sensibelste Ermittlungsmaßnahmen durch die Hintertür eingeführt werden, die zur umfassenden Ausspähung führen“, kritisiert Leutheusser-Schnarrenberger. Dem Vorschlag fehle „jeglicher technische Sachverstand“. Auch Datenschützer bemängeln, dass die Grenzen zwischen Quellen-TKÜ und Onlinedurchsuchung verwischen. So hatte bereits die sonst eher zurückhaltende Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff (CDU) Maas’ Ministerium scharf gerügt – auch weil sie den Vorschlag gar nicht zu Gesicht bekommen hatte. Ihr Urteil fiel vernichtend aus: Die vorgeschlagene Regelung führe „zu einem klaren Verfassungsverstoß“. Zudem habe sie Zweifel, ob es dafür überhaupt Bedarf gebe, „vor allem im vorgesehenen Umfang“. fab, rom

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel